

110. Todestag von August Bebel

**Rede für Dr. Felicitas Tesch, stellv. Präsidentin des HVD-BB,
Veranstaltung mit dem ABI-Berlin am So., 13. August 2023**

Liebe Freundinnen und Freunde,

liebe Genossinnen und Genossen,

dass ich heute als stellvertretende Präsidentin des Humanistischen Verbandes Berlin-Brandenburg – und SPD-Mitglied – zu Euch spreche, liegt bei der Haltung von August Bebel zu Religion und Weltanschauung recht nahe.

Denn Bebel war nicht nur glühender Sozialist, sondern auch ein überzeugter Atheist, wie es in seiner berühmten Rede im Deutschen Reichstag im März 1881 deutlich wurde. Für ihn war jede Religion schlicht „Menschenwerk“. Und bei seiner Religionskritik war er nicht zimperlich.

Eines seiner berühmtesten Zitate lautet: «Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser. Der sogenannte gute Kern im Christentum, den Sie, aber ich nicht darin finde, ist nicht christlich, sondern allgemein menschlich, und was das Christentum eigentlich bildet, der Lehren- und Dogmenkram, ist der Menschheit feindlich.»

Dementsprechend trat Bebel konsequenterweise auch für die im damaligen Preußen noch verbotene Feuerbestattung ein, um die sich dann ab 1905 unser Vorgängerverband, der Deutsche Freidenkerverband systematisch kümmerte.

Als religionspolitisches Modell vertrat er den weltanschaulich neutralen Staat, der alle Glaubensrichtungen toleriert, aber staatliche Institutionen und Religion strikt trennt.

Die Sozialdemokratie hatte in ihrem Erfurter Programm von 1891 das persönliche religiöse Bekenntnis der Mitglieder zur „Privatsache“ erklärt, gleichzeitig aber die Forderung nach Trennung von Staat und Kirche betont. Einige Strömungen in der Partei interpretierten diesen Programmpunkt so, dass sich die Partei in religiösen und kirchlichen Dingen komplett neutral verhalten müsse. Bebel dagegen plädierte für eine offene und nachdrückliche atheistische Propaganda unter Berücksichtigung des Parteiprogramms. Die Erklärung der

Partei, ‹Religion ist Privatsache›, dürfe nicht so interpretiert werden, dass die Auseinandersetzung ganz unterbleibe. Im Sinne von Karl Marx argumentierte er daher: Vielmehr müsse die „Klassenfunktion der Religion“ im herrschenden System nachgewiesen und erläutert werden, warum Staat und Kirche sowie Schule und Kirche zu trennen seien. Man darf bei diesem Blick in die Geschichte nicht vergessen: Die Verbindung von „Thron und Altar“ war im damaligen Kaiserreich noch allgegenwärtig. So hatten die Kirchen sogar die örtliche Aufsicht in den staatlichen Grund- und Volksschulen.

Diese Forderung nach einer konsequenten Trennung von Kirche und Staat blieb zentraler Bestandteil der SPD bis in die frühe Nachkriegszeit nach 1945. Unser Genosse Siegfried Heimann weist deshalb immer wieder auf den Umstand hin, dass es in der Weimarer Republik gerade in der Berliner SPD zum guten Ton gehörte, dass man als Funktionäre zugleich Mitglied des Freidenker-Verbandes war.

Immerhin hat diese Tradition dazu geführt, dass 1947 in der damaligen Stadtverordnetenversammlung von Berlin eine linksliberale Mehrheit im neuen Schulgesetz die konsequenteste Trennung von Kirche und Schule durchsetzte, die es seitdem von allen deutschen Bundesländern gibt. Seitdem ist der Religionsunterricht in Berlin kein staatliches Fach mehr. Zwar hat die CDU im neuen Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass Religion in Zukunft ab Klasse 7 als eines unter vielen anderen Wahlfächern – also zusammen mit bzw. in Konkurrenz zu Theater, Sport, Musik, Schach etc. – angeboten werden kann. Aber das dürfte eher eine schulpolitische Randnotiz bleiben und alleine schon an der mangelnden Nachfrage scheitern. Und mit dem auch weiterhin bestehenden allgemeinverbindlichen Ethikunterricht für alle Schüler*innen von Klasse 7 bis Klasse 10 – also ohne jegliche Abmeldemöglichkeit wie etwa im Land Brandenburg – haben wir in Berlin zudem ein Modell für ganz Deutschland geschaffen.

Erst mit dem Godesberger Programm von 1959 machte die SPD ihren „Frieden mit den Kirchen“, wie es ein Chronist formulierte. Nicht zuletzt auch aus taktischen Gründen, um neue Wählerkreise zu erschließen. Die Erfolge unter Willy Brandt und Helmut Schmidt gaben dieser Strategie erst einmal recht. Und mit Hans-Jochen Vogel und Andrea Nahles wurden später erstmals sogar praktizierende Katholiken zu Parteivorsitzenden der SPD.

Aber die Zeiten haben sich komplett geändert. Wir haben in Deutschland, insbesondere in den großen Metropolen wie Hamburg, Frankfurt am Main, Berlin, Leipzig oder Köln in religionssoziologischer Hinsicht schon seit

Jahrzehnten eine völlig andere Zusammensetzung der Bevölkerung. Den Kirchen laufen ihre Mitglieder in Scharen weg, die Gesellschaft wird zunehmend säkularer. Erstmals in der Geschichte unseres Landes sind die Kirchenmitglieder seit diesem Jahr in der Minderheit.

Auch vor diesem Hintergrund hat der Parteivorstand der SPD nach vielen Jahren seinen Widerstand aufgegeben, und voriges Jahr endlich einen „Arbeitskreis Säkularität und Humanismus“ auch auf Bundesebene zugelassen. In Berlin waren wir so mutig, und hatten einen solchen AK auf Landesebene schon ein Jahr früher gegründet, obwohl das die Bundessatzung eigentlich noch gar nicht hergab. Dass diese Entwicklung möglich war, ist nicht zuletzt auch ein Verdienst führender und weltlich orientierter Genossinnen und Genossen wie Olaf Scholz, Katarina Barley oder Kevin Kühnert.

Und noch ein letzter Gedanke zum Thema „Humanismus“. Denn Bebel war auch ein Kritiker der sog. „Humanitätsduselei“. Natürlich verstand er darunter nicht den „realen Humanismus“ des frühen Marx. Vielmehr war es ihm ein Dorn im Auge, dass es bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts massive Verweigerungen bildungsbürgerlicher Eliten gab, sich der „sozialen Frage“ überhaupt zuzuwenden und stattdessen die Lösung gesellschaftlicher Probleme im abgehobenen „ethischen Diskurs“ zu suchen. Gleichzeitig versuchten die Kirchen über ihre „humanitären“ Dienste, aus denen dann die „Caritas“ und „Diakonie“ hervorgingen, staatsstreue Arbeiter an sich und ihre Religion zu binden und damit der klassenkämpferischen und mehrheitlich weltlichen Sozialdemokratie zu entziehen.

Unser heutiges Humanismus-Verständnis versucht alle Aspekte zu berücksichtigen:

- Selbstbestimmung ist ohne soziale Gerechtigkeit nicht möglich.
- Ethische Verantwortung muss die soziale und ökologische Dimension berücksichtigen.
- Und zu einer moderaten Trennung von Kirche und Staat, wie wir sie in Deutschland im Grundgesetz festgeschrieben haben, gehört gleichzeitig die völlige Gleichbehandlung und Teilhabe der humanistischen Weltanschauung und ihrer Organisation in Gestalt des HVD. Der Kampf um die gleichberechtigte Finanzierung der neu gegründeten Humanistischen Hochschule Berlin mit den beiden bestehenden kirchlichen Hochschulen in unserer Stadt zeigt, dass es hier noch beachtliche Defizite gibt.

Und schließlich: Wenn es um so grundlegende Dinge geht wie dem Kampf gegen Rechts und für den Erhalt unserer Demokratie oder die Rettung unserer

natürlichen Lebensgrundlagen, dann suchen wir – im Übrigen hier in Berlin mit großem Erfolg – auch das Bündnis mit Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften. Denn auch die Kirchen haben sich zum Glück verändert und dazu gelernt. Das wäre so in den Zeiten von August Bebel noch undenkbar gewesen.

Auch das ist ein großer zivilisatorischer Fortschritt.

Ich danke Euch!